

# Offener Brief

des

Abgeordneten Martin

zu

Frankfurt am Main

an den

Gutsbesitzer und Hauptmann a. D. Wehle

zu

Dobrin bei Pr. Friedland in Westpreußen.



Frankfurt am Main.

Druck von Carl Adelman.

1848.

Offener Brief

Abgeordnete des Reichstages

Frankfurt am Main

Gelehrter und Gutsbesitzer H. B. B.

Besten bei der Verwaltung des Reichstages

Frankfurt am Main

Die Reichs-Verordneten

1848

Geehrter Herr!

Es gibt eine Partei in unserem deutschen Vaterlande, von welcher die Revolution mit ihren Folgen verflucht wird. Sie besteht zum Theil aus Einfältigen, zum Theil aus Böswilligen. Die Einen wünschen die Bewegung, weil sie dadurch aus der Ruhe und Behaglichkeit des gedankenlosen Alltagslebens aufgeschreckt, aus dem Kreise geregelter Verhältnisse in die Verwicklungen eines schwankenden und unsichern Verkehrs getrieben worden sind. Sie sind zu kurzfristig, um zu begreifen, daß vor dem Walten des Weltgeistes die Gesichte der Einzelnen verschwinden; sie vermögen nicht zu fassen, daß der Geist der Menschheit, wenn er fortschreitet, die alten Formen zerbrechen muß; sie sind zu ängstlich, um zu vertrauen, daß der neu erwachte Geist der Liebe und Brüderlichkeit auch gewiß seine neuen Formen und Bahnen finden werde. Alle diese wollen nichts als die alte Ruhe, Ruhe um jeden Preis.

Die Andern verstehen die Revolution sehr wohl. Aber sie sind ihre Feinde, weil sie die Feinde der Freiheit und Gleichheit sind. Sie verdammen die Freiheit, weil mit der Freiheit Aller ihre besondere Freiheit zu Grunde geht; sie kämpfen an gegen die Gleichheit, weil Gleichheit und Brüderlichkeit mit Herrschsucht und Selbstsucht sich nicht verträgt. Sie sind die Ritter und Herrn, welche bisher als privilegierte Mitglieder der Ständekammern, als Hoffschranzen, als Staatswürdenträger allein zur Regierung und Verwaltung des Staats berufen waren; — sie sind die Edelleute in allen Gattungen, welche sich jetzt erinnern sollen, daß alle Menschen gleich edel geboren werden; — sie sind die Gutsherrn, welche, während sie bisher selbst Richter bestellten und die Polizei übten, jetzt mit dem Handarbeiter vor demselben Richter Recht nehmen und derselben Polizeiobrigkeit gehorchen sollen, welche nicht weiter von dem sauern Schweiße des Landmanns unter dem Titel der Robotte und Zehnten zehren, welche fernerhin ihre Jagdlust auf Kosten der Bauern nicht mehr befriedigen sollen; — sie sind die Bureaukraten, welche von der Stufe kleiner Tyrannen herabsteigen sollen zu der Stellung verantwortlicher Diener des Volks

und Vollstrecker des Volkswillens; — sie sind die Militärpersonen, welche ihre eingebildete Standesehre aufgeben und erkennen sollen, daß es nur eine bürgerliche Ehre gebe; — sie sind endlich alle diejenigen, welche den Verlust einflußreicher Stellen und Aemter, der hohen Gehalte und Pensionen, der Exemptionen von Steuern und Abgaben befürchten und in dem durchbohrenden Gefühle ihres Nichts mit Angst auf eine Zeit hinblicken, in welcher nur die Thätigkeit und Aufopferung für das Wohl der Mitmenschen den Maßstab der Achtung und Ehre in der bürgerlichen Gesellschaft abgibt. Alle diese suchen die Revolution in ihren Folgen zu beseitigen.

Als eines Hauptmittels hierzu bedienen sie sich der Verdächtigung derjenigen, welche die Prinzipien der Revolution, die Grundsätze der Freiheit und Gleichheit festhalten. Unter der Maske der Liebe zu König und Vaterland, des wahren Patriotismus und des echten Nationalgefühls scheuen sie sich nicht, die größten Lügen und Verleumdungen über die Partei, welche den Volkswillen als das höchste Gesetz erkennt, auszustreuen, um die Furchtsamen zu erschrecken, die Einfältigen zu verblenden, die Gutmüthigen zu verführen. Auf diese Weise spannen sie die alten Netze ihrer Selbstsucht und Herrschsucht aus und umgarnen ihre Mitbürger, um dem Strome der Zeit zu widerstehen, welcher ihre Privilegien fortreißt.

Vor Allem ist es der Name Republikaner, welchen sie zu ihren Zwecken ausbeuten. So warnt der konstitutionelle Klub zu Minden in einem Aufrufe, unter welchen der Oberforstmeister Crelinger und der pensionirte Oberstlieutenant von Kunizky unterzeichnet sind, die Land- und Städtebewohner Westphalens vor den Republikanern, „weil unter ihnen so viele bankerutte Kaufleute, landkundig der Bestechlichkeit zugängliche und solche Männer sich befinden, die in Unzucht leben, weil sie den Leuten das Wort Gottes nehmen, die Altäre niederreißen wollen, weil sie die Fürsten- und Staatsgüter, auch die Güter der Privatpersonen zur Theilung bringen, die Frauen und Töchter zu wilden Ehen verleiten wollen, weil sie jede Bürgertugend, jeden Vaterlandsfreund durch Hohn und Schmähung verdächtigen, die Frauen und Kinder verführen und — in Bürgerblut gebadet — das Vaterland in Trümmer und Elend stürzen.“

Aus einem ähnlichen Geiste scheint auch das in der Nr. 28 des Deutsch-Kroner Stadt- und Landboten abgedruckte an meine Wähler gerichtete Schreiben des konstitutionellen Vereins zu Deutsch-Crone geschlossen zu sein, welches Sie, geehrter Herr, mir mit Ihrem Briefe vom 16. Juli d. J. mitgetheilt haben.

Ich kann nicht verhehlen, daß ich es bei dem Stande Ihrer humanen Bildung und Ihren mir wohl bekannten politischen Gesinnungen recht natürlich finde, daß Sie mit dem konstitutionellen Vereine zu Deutsch-Krone Sich im Urtheile über mein Verhalten bei der hiesigen National-Versammlung in Uebereinstimmung befinden. Andererseits ist es mir aber in hohem Grade auffallend, daß Sie von mir eine politische Thätigkeit erwartet haben, welche Ihren Beifall haben könnte.

Unsere politischen Ansichten und Wünsche sind stets weit auseinander gegangen. Sie werden Sich erinnern, wie verschieden die Eindrücke waren, welche die Kunde von der Februar-Revolution in Paris auf uns machte, wie freudig ich die Morgenröthe der Freiheit begrüßte, während Sie mit Hohn und Spott die Bedeutsamkeit der ganzen Zeitbewegung herunterzuziehen bemüht waren. Sie werden Sich erinnern, daß ich mit aller Wärme meines Herzens die Sache derjenigen vertrat, welche in den Straßen von Berlin die Gewähr der gerechten Forderungen des preussischen Volkes erkämpften, während Sie in Entrüstung über den Sieg des Volkes, Ihr Bedauern darüber nicht unterdrückten, daß der König von Preußen, um seinen Eigenwillen zu behaupten, nicht die Berliner Bürger und die ganze Stadt Berlin mit Bomben und Kartätschen habe niederschieszen lassen. Sie werden Sich ferner erinnern, daß Sie später, als die bürgerliche Freiheit gegen Ihre Erwartung immer mehr Ausdehnung und Befestigung fand, oftmals in förmlicher Verzweiflung hierüber eine Ihren Sympathieen entsprechende Despotie mit Gewalt der Waffen zurückzuführen wünschten und die russische Herrschaft als Ihr Eldorado priesen. Sie werden Sich endlich erinnern, daß Sie zu denjenigen Wählern meines Wahlkreises gehören, welche mir ihre Stimme versagten, und ihren Unwillen darüber, daß ich trotz aller ihrer Gegenbemühungen von der Majorität der Wähler zum Abgeordneten bestimmt worden war, nur schlecht zu verbergen gewußt haben.

Sie können Sich im Hinblick auf diese Umstände denken, daß mir Ihr und Ihrer Gesinnungsgenossen Urtheil über mein Verhalten in der hiesigen National-Versammlung höchst gleichgültig ist. Ich würde es daher auch nicht der Mühe für werth erachtet haben, dieses Ihr Urtheil berichtigen oder bestimmen zu wollen. Da Ihre Partei aber die Ehrenhaftigkeit meines Charakters angreift und in der üblichen Weise durch das Stichwort „Republikaner“ mich bei den mir zugethanen Wählern zu verdächtigen bemüht ist, so sehe ich mich veranlaßt, in dieser Beziehung der an mich gestellten Aufforderung

gemäß mein Verhalten in der hiesigen National-Versammlung zu rechtfertigen.

Ja, ich bin Republikaner. Ich halte die republikanische Staatsform für die allein vernunftgemäße. Ich bin der Ansicht, daß nicht ein einzelner Mensch dazu berufen sein darf, das Schicksal eines Volkes zu bestimmen, sondern daß nur dadurch, daß das Volk sich selbst regiert, daß das Volk selbst durch erwählte Vertreter entscheidet und durch verantwortliche Beamte ausführt, was ihm gut dünkt, daß alle Mitglieder eines Staatsverbandes gleich berechtigt und gleich verpflichtet sind, die naturgemäße Entwicklung und Erreichung des möglichsten Wohlbefindens des Einzelnen garantiert wird. Ich meine ferner, daß die aus dem Vertrage der Despotie mit der Volksherrschaft hervorgegangene konstitutionell-monarchische Regierungsform unlogisch ist und deshalb, je nachdem die Waagschale der Gewalt sich auf die eine oder andere Seite neigt, thatsächlich entweder in der alten Willkürherrschaft oder in der Herrschaft des Volkswillens aufgeht. Ich bin daher endlich der Ueberzeugung, daß, so wahr der Menscheng Geist in logischer Konsequenz fortschreitet, so wahr er sich seinem Inhalte gemäße Formen sucht und so wahr Fiktionen und Eitelkeiten vor ihm für die Dauer nicht bestehen können, auch die Fiktion der konstitutionellen Monarchie untergehen und die reine Volksherrschaft in ihrer reinen Form, die Republik allgemein ins Leben treten wird.

Die deutsche Revolution von 1848 hat die Anerkennung der Volksherrschaft erzwungen, sie ist aber gescheitert an der Fiktion der konstitutionellen Monarchie. Das Volk hat die Throne stehen lassen; es hat geglaubt, daß sich seine Herrschaft vereinigen ließe mit seiner Pietät vor den angestammten Fürstenhäusern, an welche es die Bande geschichtlicher Erinnerungen und die Gewohnheit des Gehorsams knüpfte.

Als ich als Kandidat für die frankfurter Versammlung in Ihrem Wahlkreise auftrat, leitete mich der Gedanke, daß derjenige, welcher von dem Volke abgeordnet würde, um die durch die Revolution veränderten Staatsverhältnisse zu ordnen, als Norm seines Handelns die aus der Revolution hervorgegangenen Prinzipien betrachten müsse. Deshalb erklärte ich am Tage meiner Wahl, als mir von Leuten Ihrer Partei unter allerlei Vorwänden republikanische Gesinnungen vorgeworfen wurden, feierlich und öffentlich, daß ich weit davon entfernt sei, das preussische Königthum beseitigen oder der Fortdauer der preussischen Monarchie in ihrer konstitutionellen Form widerstreben zu wollen.

Ich erklärte aber auch ausdrücklich, daß ich an die Spitze des Gesamtstaats Deutschland, welchen ich als Bundesstaat unter dem Fortbestehen der einzelnen deutschen Staaten konstituiert wünsche, keinen Kaiser, sondern einen vom Volke gewählten Präsidenten gestellt haben wollte. Für den Gesamtstaat Deutschland war die Durchführung der durch die Revolution errungenen Volksherrschaft nicht durch ein monarchisches Ueberbleibsel beschränkt; es hätte die Revolution verleugnen heißen, wenn man dem souverain gewordenen deutschen Volke einen unverantwortlichen und unverletzlichen Herrn hätte ansinnen wollen.

Jetzt, geehrter Herr, frage ich Sie, worin ich bei meinem Verhalten in der hiesigen Nationalversammlung, den am Tage meiner Wahl ausgesprochenen Gesinnungen untreu geworden bin; ich frage Sie, durch welchen der Anträge, welche ich selbst oder mit Andern gestellt, durch welches meiner zur Versammlung gesprochenen Worte, durch welche meiner Abstimmungen ich die Umwandlung des konstitutionellen Königreichs Preußen in eine Republik bezweckt hätte?

Ich gehöre zur Partei der äußersten Linken. Die Prinzipien, nach welchen diese Partei in der Nationalversammlung handelt, sind in einem Programme veröffentlicht worden. Dieses Programm, dessen Inhalt Ihnen nicht bekannt geworden zu sein scheint, lautet:

Um die Wiedergeburt Deutschlands ins Werk zu richten, wollen wir kraft der Souverainität des deutschen Volkes durch die constituirende Nationalversammlung diejenige Verfassung einführen, welche die Nationalsouverainität nicht wieder aufgibt, sondern für immer sichert. Wir wollen deshalb

- 1) Eine immer auf drei Jahre gewählte Nationalversammlung für den Gesamtstaat Deutschland, gewählt ohne Censur und durch directe Wahlen.
- 2) Einen Vollziehungsausschuß, welcher durch einen verantwortlichen Präsidenten und sein verantwortliches Ministerium gebildet und durch die jedesmalige Mehrheit der Versammlung aus ihrer Mitte gewählt wird. Jede neugewählte Nationalversammlung entscheidet daher von neuem über ihren Vollziehungsausschuß.
- 3) Wir verlangen, daß mit der Feststellung und Verkündigung der Volksrechte oder der deutschen magna charta begonnen und der Verfassungsausschuß mit der sofortigen Vorlage dieser Volksrechte beauftragt werde.

- 4) Wir nehmen die Gestaltung Deutschlands seit dem März 1848 als **Thatsache** an, und sind der Ansicht, daß die politische Lage, in der wir Deutsche uns gegenwärtig befinden, folgende ist: die einzelnen deutschen Staaten treten durch die Vereinigung aller deutschen Abgeordneten in der Nationalversammlung zu **Einem Föderativstaat** zusammen, und geben dadurch so viel von ihrer Souverainität auf, als die Nationalversammlung zur Bildung des souverainen Gesamtstaates für nöthig erachtet.
- 5) Die einzelnen Staaten sind ungehindert, wie die freien Reichsstädte, Republiken, oder, wie die übrigen Staaten, constitutionelle Monarchieen zu sein; jedoch wird durch die Volksrechte, welche die Nationalversammlung proclamirt, derjenige Grad von Volksfreiheit festgesetzt, welcher unter allen Umständen dem Volke gewährt werden muß.
- 6) Zu der definitiven Constituirung des Gesamtstaates ist keine weitere Zustimmung der einzelnen Staaten erforderlich, als die, welche bereits in dem Zusammentritte der souverainen constituirenden Nationalversammlung liegt. Die Versammlung vereinigt jetzt noch alle Staatsgewalten des Gesamtstaates in sich und hat diese verschiedenen Gewalten und politischen Lebensformen, die sie zu **beschließen** berufen ist, **auch sofort in Wirksamkeit zu setzen** und die innere und äußere Politik des Gesamtstaates zu handhaben.

Ich frage Sie nun ferner, in wie fern die vorstehenden Grundsätze mit meinen vor den Wählern ausgesprochenen und Ihren längst bekannten politischen Gesinnungen nicht übereinstimmen; ich frage Sie endlich, welches Mitglied der äußersten Linken jemals diesen Grundsätzen in der Versammlung entgegen gehandelt und namentlich gegen die in den §§. 4 und 5 enthaltene Erklärung die deutschen Einzelstaaten zu Republiken umschaffen oder die einzelnen Staaten aufheben und eine einzige und ungetheilte deutsche Republik hat einführen wollen?

Lassen Sie sich diese Fragen von dem konstitutionellen Vereine zu Deutsch-Krone beantworten und wenn er sie nicht beantworten kann, dann sagen Sie ihm, daß es entweder eine Unverschämtheit sei, öffentlich Urtheile abzugeben, wenn man von dem Gegenstande des Urtheils nichts versteht, oder daß es eine gemeine Verläumdung und Niederträchtigkeit sei, wenn man wider besseres Wissen Andere des gewaltsamen Umsturzes der bestehenden Ordnung der Dinge anklage.



Der konstitutionelle Verein zu Deutsch-Krone geht in seinem Verdächtigungssysteme weiter. Er behauptet, daß ich mit meinen Ideen der Weltbeglückung und Weltverbrüderung über das, was man in alten Zeiten Vaterlandsliebe und Nationalgefühl nannte, längst hinaus sei, und spricht mir die erste Tugend eines ächten Republikaners, die Achtung vor dem entschiedenen Willen der Mehrheit ab. Er beruft sich hierüber auf meine Abstimmungen in der Mainzer Angelegenheit, in der Frage über die Bewilligung der 6 Millionen für die Marine, und in der Frage über die Centralgewalt.

Was die Mainzer Angelegenheit betrifft, so habe ich gewünscht, daß die Nationalversammlung dafür sorgen möge, daß der blutige Kampf zwischen Bürgern und Soldaten und der mit der schmachlichsten Unterdrückung der bürgerlichen Freiheit verbundene Militairdespotismus in Mainz beseitigt werde. Ich habe dagegen gestimmt, daß die Nationalversammlung diese Sorge von sich ablehne. Daß mir deshalb Ihre Partei das Prädikat eines alten Patrioten versagt, kann ich wirklich bloß deshalb nicht begreifen, weil Max G a g e r n mit mir in der Minorität gestimmt und seinen Namen zum Protokolle gegeben hat.

Ich habe ferner gegen die Bewilligung der 6 Millionen Thaler zur Begründung einer deutschen Kriegsflotte gestimmt, und zwar, wie der konstitutionelle Verein zu Deutsch-Krone mit Recht bemerkt, deshalb, weil es in dem Antrage hieß, daß das Geld auf verfassungsmäßigem Wege beschafft werden solle. Ich wollte nicht, daß man diese auf die einzelnen Staaten zu repartirende bedeutende Summe jetzt von den Staatsbürgern nach dem gewöhnlichen Steuerfusse einziehe; ich wollte, daß nur die höchstbesteuerten Staatsbürger, welche bisher verhältnißmäßig viel zu wenig zu den Lasten des Staats beigetragen haben, zu diesem Opfer für das Vaterland herangezogen würden, damit die Versammlung diejenigen Staatsbürger, welche mit Recht eine Erleichterung ihrer Abgaben erwarten, nicht mit neuen außerordentlichen Steuern beschwere.

Ich habe ferner dafür gestimmt, daß die provisorische Centralgewalt über Deutschland einem verantwortlichen Präsidenten übertragen werde, und habe endlich an der Wahl eines unverantwortlichen Reichsverwesers mich nicht betheiligt. Der konstitutionelle Verein zu Krone thut mir Unrecht, wenn er meint, daß ich in letzterer Beziehung mich 25 andern Mitgliedern angeschlossen hätte. Ich darf mich im Gegentheile rühmen, daß ich bei jener Angelegenheit durchaus selbstständig verfahren und der Erste gewesen bin, welcher bei dem

Wahlakte die Theilnahme an demselben versagte. Daß ich dadurch die Achtung vor dem Willen der Mehrheit verletzt hätte, ist mir wirklich nicht erklärlich; denn so wenig mich eine solche Achtung bewegen konnte, mich für die Wahl eines Reichsverwesers zu erklären, und für die Unverantwortlichkeit desselben zu stimmen, so wenig durfte sie mich bei der wirklichen Ausführung der Wahl leiten; die Wahl selbst war ein Bestandtheil des Gesetzes, die Bervollständigung desselben, und so wie ich nach meiner Pflicht und Ueberzeugung gegen das ganze Gesetz stimmen mußte, so mußte ich mich konsequenterweise auch negativ gegen die Wahl verhalten. Wo liegt hier die Nichtachtung des Willens der Mehrheit?

Daß ich aber einen unverantwortlichen Reichsverweser nicht gewählt habe, dafür mögen Sie einfach den Grund darin finden, daß ich, wie ich vor meinen Wählern erklärt habe, an die Spitze des Gesamtstaates Deutschland einen Präsidenten gestellt wissen will, — keinen Kaiser oder König oder gleichqualificirten Reichsverweser; und wenn anders in der Politik allein der Erfolg die Maaßregeln rechtfertigt, so darf man wohl schon jetzt aus den Erfolgen des Provisorium mit Recht günstig über meine Absichten urtheilen. Ein unverantwortliches Oberhaupt mit kaiserlichem Nimbus widerstrebt nicht nur den jetzigen Gefühlen der deutschen Nation, dem im Volke lebendig gewordenen Gefühle und Begriffe seiner Alleinherrlichkeit, sondern es giebt auch zu den gefährlichsten, die Einheit Deutschlands bedrohenden Konflikten, mit den unverantwortlichen Oberhäuptern der konstitutionellen Einzelstaaten nothwendige Veranlassung. Ich bezweifle demnach, daß diejenigen für die Ruhe und Ordnung und selbst für die Erhaltung des konstitutionell monarchischen Prinzips wohl besorgt waren, welche nicht einem dem Volke verantwortlichen Beamten provisorisch die Ausführung des Willens des deutschen Volkes auftrugen.

Alles Elend und Unglück der Menschen ist die Folge der Sünde gegen die Vernunft, der Sünde gegen die Konsequenz des Gedankens. Auch unser Vaterland wird nicht glücklich sein, so lange die durch die Revolution neu erweckte Idee der Volksherrschaft nicht mit ihren letzten Folgerungen zur Wahrheit geworden ist. Aber klagen Sie sich und alle Diejenigen, welche der friedlichen und gesetzlichen Durchführung jener Idee widerstreben, welche gegen den Gedanken der Freiheit und Gleichheit freveln, welche der Verbrüderung der Menschen und Nationen Hohn sprechen, — klagen Sie diese der Schuld an, wenn die Zukunft uns nur Stürme und Unruhe bringt, wenn unser gesellschaftliches Leben immer neuen Erschütterungen un-

terliegt, wenn die Zeit immer neue Kämpfe und gewaltsame Revolutionen gebiert, bis der stegreiche Geist der Liebe und Humanität die Bollwerke seiner Feinde zertrümmert und die Sünder unter ihren Trümmern begraben hat.

Ich werde meinen Weg ruhig fortgehen; ich werde an dem großen Gedanken unserer Zeit unwandelbar festhalten; ich werde die Sache der Demokratie, die Sache der Humanität mit allen Mitteln, welche des erhabenen Zwecks würdig sind, bis auf meinen letzten Blutstropfen vertreten, und weder Sie noch der konstitutionelle Verein zu Deutsch-Krone noch Ihre ganze Partei und die neue Berliner Zeitung wird mich bestimmen können, auch nur einen Augenblick meine Aufgabe zu vergessen.

Theilen Sie geehrter Herr, diesen Brief denjenigen Herren mit, in deren Namen Sie Ihr Schreiben vom 18. v. M. an mich mit gerichtet hatten.

Frankfurt a. M., den 6. August 1848.



Martiny.

... die Zeit immer neue Kämpfe und geistliche ...  
... die Sprache der Liebe und Gerechtigkeit die ...  
... die Sprache der Liebe und Gerechtigkeit die ...  
... die Sprache der Liebe und Gerechtigkeit die ...  
... die Sprache der Liebe und Gerechtigkeit die ...  
... die Sprache der Liebe und Gerechtigkeit die ...  
... die Sprache der Liebe und Gerechtigkeit die ...  
... die Sprache der Liebe und Gerechtigkeit die ...  
... die Sprache der Liebe und Gerechtigkeit die ...  
... die Sprache der Liebe und Gerechtigkeit die ...

